

KV-Gutachten: Wohnort bestimmt über ambulante medizinische Versorgung

Wie gut und umfangreich die ambulante Versorgung der Patientinnen und Patienten ausfällt, hängt sehr davon ab, wo sie wohnen. Das ist eine der Hauptaussagen eines Gutachtens, das sieben Kassenärztliche Vereinigungen (KV), darunter auch die KVen Nordrhein und Westfalen-Lippe, in Auftrag gegeben haben und das kürzlich veröffentlicht wurde. Das zurzeit praktizierte System für die regionale Zuweisung der Finanzmittel für die ambulante medizinische Versorgung weist einen großen Fehler auf: Die unterschiedliche Morbi-

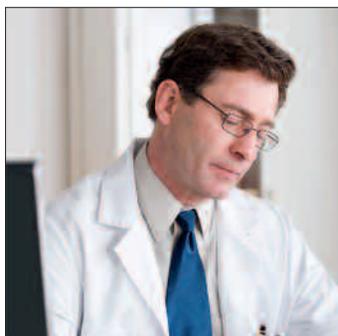


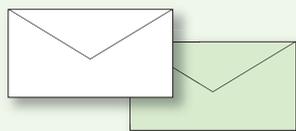
Foto: Image Source Limited

dität in den einzelnen Bundesländern finde keine Berücksichtigung, stellten die Gutachter von der Hochschule Niederrhein in

Krefeld sowie von den Universitäten Mannheim und Bayreuth fest. Das habe zur Folge, dass in einigen Ländern deutlich weniger Geld für die Behandlungen der nachweislich älteren und versorgungsbedürftigeren Bevölkerung zur Verfügung stehe, erläutern die Experten. Die regionale Morbidität müsse die Basis für die Bereitstellung der Finanzmittel sein, forderten sie. Dies würde die Finanzzuweisungen für NRW um 14 bis 20 Prozent ansteigen lassen.

Weitere Informationen unter www.kvno.de. bre

Leserbrief



Zu „Seltene Erkrankungen: Ein Aktionsplan auch für das Rheinland“, Rheinisches Ärzteblatt 11/2013, Seite 12ff.

Unkritische Darstellung

Die unkritische Darstellung dieses Aktionsplans kann aus niedergelassener Sicht nicht unwidersprochen bleiben. Offensichtlich ist den Verfassern

und Initiatoren des Aktionsplans nicht klar, welche Arbeit im niedergelassenen Bereich mit seltenen Erkrankungen bereits seit vielen Jahren aufopferungsvoll geleistet wird. Selbstverständlich sind die niedergelassenen Praxen mit vielen seltenen Erkrankungen beschäftigt und viele Niedergelassene haben im Laufe der Jahre sich eine besondere Expertise im Umgang mit seltenen Erkrankungen erarbeitet. Selbstverständlich sind die jeweiligen Fachärzte auf ihrem Gebiet in der Lage, seltene Erkrankungen zu erkennen, zu behandeln und gegebenenfalls auch in spezialisierte Zentren weiterzuleiten. Dazu bedarf es keines Aktionsplans, der, wenn man ihn sich ansieht, viel schönes Papier darstellt, aber inhaltlich wenig Substanz hat. Das Geld, das man für den Plan ausgibt, sollte

man besser in die praktische Versorgung durch Haus- und Fachärzte geben. Dass als sogenannte Typ-A-Zentren in der Regel Unikliniken in Frage kommen sollen, ist eine grandiose Selbstüberschätzung der Unikliniken. Ich selbst habe jahrelang in einer Spezialambulanz einer Uniklinik gearbeitet: Es gibt viele Bereiche, in denen Unikliniken überhaupt keine Ahnung haben und auch nicht haben werden, weil die Patienten nicht zu ihnen kommen. Die unkritische Fokussierung des Artikels auf die Krankenhäuser, insbesondere die Universitätsmedizin, ist nicht sachdienlich und tut den betroffenen Patienten keinen Gefallen.

Norbert K. Mülleneisen,
Internist, Leverkusen

Online-Petition gegen Streikverbot für Ärzte

Mit einer Online-Petition macht die Klinikärztegewerkschaft Marburger Bund mobil gegen Pläne von CDU/CSU und SPD, an den bundesweit 2.000 Kliniken künftig nur noch einen Tarifvertrag pro Klinik gelten zu lassen und damit die Koalitionsfreiheit einzelner Berufsgruppen wie der Ärzteschaft einzuschränken. Auf der Plattform openPetition sollen hierzu unter der Losung „Rettet die Gewerkschaftsfreiheit – Kein Streikverbot per Gesetz“ in den kommenden Monaten 50.000 Unterschriften gesammelt werden, um gegen die „grundrechtswidrige Erzwingung der Tarifeinheit“ zu protestieren (siehe auch Seite 3). Weitere Informationen: www.freie-gewerkschaften.de ble

AOK veröffentlicht Bestenlisten

Nach Angaben der AOK Rheinland/Hamburg bestehen große Qualitätsunterschiede bei Knie-, Hüft- oder Gallenblasen-OP an rheinischen Kliniken. Zu diesem Ergebnis kommt die Kasse jedenfalls in ihrem neuen Qualitäts-Report, für den 43.500 Operationen zwischen 2009 und 2011 in 143 rheinischen Kliniken ausgewertet wurden. Die AOK beobachtet dabei einen Zeitraum von einem Jahr nach der Operation. Im Bereich der planbaren Hüft-OP träten bei den Kliniken, die schlechter abgeschnitten haben, bis zu 15-mal häufiger Komplikationsfälle auf als bei den besten, heißt es. Die Kasse hat Listen mit den Kliniken veröffentlicht, die in der Auswertung, die nach Angaben der AOK risikoadjustiert ist, am besten abgeschnitten haben. www.aok.de/rh ble

Hausärzte warnen vor Folgen von Armut

Die Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin (DEGAM) warnt vor dramatischen gesundheitlichen Folgen sozialer Ungleichheit. „Wir sehen schon bei Kindern, die in ärmeren Verhältnissen leben, die Krankheitslast wachsen, etwa bei sportlicher Inaktivität, Übergewicht und Verhaltensauffälligkeiten“, sagte Professor Dr. Stefan Wilm, Direktor des Instituts für Allgemeinmedizin am Uniklini-

kum Düsseldorf und Präsidiumsmitglied der DEGAM, auf einem Kongress in der Landeshauptstadt von NRW. „Wir beobachten in der Langzeitbegleitung der Familien, wie über die Armutspirale schlechte Bildungschancen zu früher, häufig überforderter Elternschaft führen“, so Wilm. Pädiater und Hausärzte dürften nicht mit den gesellschaftlichen Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit allein gelassen werden. ble

Anmeldeschluss für Weiterbildungsprüfungen

Die nächsten zentralen Prüfungen zur Anerkennung von Facharztkompetenzen, Schwerpunktbezeichnungen und Zusatz-Weiterbildungen bei der Ärztekammer Nordrhein finden statt am 19./20./27. März 2014.

Anmeldeschluss: Mittwoch, der 29. Januar 2014

Informationen zu den Weiterbildungsprüfungen 2014 finden Sie unter www.aekno.de/Weiterbildung/Pruefungen.

ÄkNo